

6

Kiel, 21. September 1958

Sprecher: Adenauer, Fricke, Gerstenmaier, Kiesinger, Lücke.

Entschließung zum Bundesparteitag.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 11.20 Uhr

Adenauer: Ich begrüße die „Veteranen“ des Bundesvorstandes! Wir müssen uns sehr kurz fassen, weil das Plenum des Parteitages bereits begonnen hat und weil nach 12 Uhr eine allgemeine Abreise einsetzt. Der Redaktionsausschuß hat eine sehr fleißige, aber – wie ich glaube – nicht sehr vollkommene Arbeit geleistet. Ich glaube nicht, daß irgendein Mensch das überhaupt zu Ende lesen wird, was er geschrieben hat. Infolgedessen haben wir uns heute in aller Frühe darangesetzt und eine andere Fassung gemacht, die dem Inhalt nach dasselbe enthält, aber wie mir scheint, doch ansprechbarer ist. Herr Kiesinger, würden Sie mal bitte vorlesen!

Kiesinger: „Bei der Bundestagswahl des Jahres 1957 und erneut bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Sommer 1958¹ hat das ganze deutsche Volk die Politik der Christlich-Demokratischen Union in eindrucksvollster Weise bestätigt. Der 8. Bundesparteitag dankt allen Wählern in Stadt und Land für das Vertrauen, mit dem sie der Christlich-Demokratischen Union für die kommenden Jahre von neuem die Verantwortung übertragen haben. Die CDU erblickt in diesem Vertrauen den Auftrag, ihre bisherige Politik unbeirrt fortzusetzen und auszubauen.“

Der Bundesparteitag betont von neuem und mit allem Nachdruck, daß unsere Freiheit, die geistigen und kulturellen Werte unseres Lebens und der wirtschaftliche und soziale Aufbau unseres Landes nur durch die beharrliche Fortführung der erfolgreichen Außenpolitik der Bundesregierung gesichert werden können. Der Bundesparteitag erwartet daher, daß die Bundesregierung ihre Bündnispolitik im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft fortsetzt. Er erwartet eine entschlossene

¹ Am 6. Juli 1958. Die Landtagswahl brachte der CDU die absolute Mehrheit (CDU 50,5 %, SPD 39,2 % und FDP 7,1 %). Vgl. FISCHER 2 S. 841–843.

Fortführung unserer europäischen Politik. Die Einigung Europas ist und bleibt eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Von ihrem Gelingen hängt die Zukunft des ganzen deutschen Volkes – diesseits und jenseits der Zonengrenze – wie aller anderen Völker ab.

Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit bleibt das Ziel aller unserer Bemühungen. Sie zu fördern, ist die nationale Pflicht aller Deutschen. Solange die weltpolitische Lage die Wiedervereinigung noch nicht erlaubt, müssen wir alle Kraft an die Erhaltung und Stärkung der geistigen und persönlichen Verbindung mit den Deutschen jenseits der Zonengrenze setzen.

Der Bundesparteitag hat sich auch in besonderer Weise mit den Fragen der inneren Ordnung unserer Gesellschaft und unseres Staates und entsprechend der gewachsenen Verantwortung unserer Partei mit deren weiterem Auf- und Ausbau beschäftigt. Er hat die wichtigsten innenpolitischen Aufgaben in einem Arbeitsprogramm² für die parlamentarischen Vertretungen der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden zusammengefaßt. Dieses Arbeitsprogramm wird dem Bundesausschuß zur Weiterbearbeitung überwiesen.

Ziel dieses Arbeitsprogramms ist die fortschreitende Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, der Ausbau einer gesunden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in Freiheit und Gerechtigkeit zugunsten aller Berufe und Schichten des deutschen Volkes.“

Ich habe noch einen Satz vergessen, und zwar muß nach den Worten „Ausbau bestätigt“ eingefügt werden: „Er empfiehlt der Partei, den kommunalpolitischen Angelegenheiten größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen.“ Am Schluß folgt dann auf Anregung des Herrn Bundeskanzlers der wichtige Satz: „Die Christlich-Demokratische Union betont mit allem Nachdruck, daß hinter dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt die Pflege der geistigen Werte nicht zurückstehen darf.“³

Adenauer: Um Ihnen den Unterschied zwischen der Vorlage, wie sie aus dem Ausschuß hervorgegangen ist, und dieser Formulierung kurz zu skizzieren! Ich habe hier den Beschluß des Ausschusses. Er hat zuerst eine kleine Eingangsgeschichte gemacht: „Der achte Bundesparteitag bestätigt die außenpolitischen Grundsätze des Hamburger Programms der CDU.“ Dann folgen die Aufgaben der Innenpolitik in einem vordringlichen Arbeitsprogramm der parlamentarischen Vertretungen der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden. Dann werden in dieser Entschließung ungefähr 30 Punkte aufgeführt, die kein Mensch liest. Zum Schluß soll dann gesagt werden, was Herr Kiesinger über die Außenpolitik vorgelesen hat, während [wir] es jetzt umgedreht haben.

Wir haben zuerst einen Dank und eine Anerkennung ausgesprochen. Das muß der Parteitag machen. Dann haben wir die Außenpolitik betont, die Stetigkeit der Politik. Dann folgen – Sie haben es gehört – einige Allgemeinsätze. Und dem Ganzen wird

² Abdruck des Arbeitsprogramms in UiD Nr. 39 vom 25. September 1958 S. 7.

³ Abdruck als „Kieler Manifest“ in CDU, 8. Bundesparteitag 1958 S. 224f.

dann beigelegt, was im Bundesparteitag beschlossen ist, als Anlage. Das Ganze wird dann dem Bundesausschuß überwiesen zur weiteren Durcharbeitung und Weiterleitung an die verschiedenen Gremien, wie Bundestagsfraktion, Landtagsfraktionen und kommunale Fraktionen. Das ist der Unterschied. Es lag mir daran – ich bin mit der Initiator da –, etwas zu machen, was auch gelesen wird, aber nicht einfach einen Sammelkatalog aufzustellen.

Fricke: Ich bin auch davon überzeugt, daß es darauf ankommt, eine gestraffte Entschließung zu bringen, die die wesentlichen Probleme anspricht. Es muß auch publiziert werden, damit es nach draußen kommt. Es muß besonders betont werden, daß das Arbeitsprogramm nicht zu den Akten gelegt wird, sondern daß es in einer ganztägigen Parteiausschußsitzung ernstlich behandelt wird.

Adenauer: Das werden wir in einer ganztägigen Sitzung nicht fertigbringen.

Kiesinger: Ich bin vom Redaktionskomitee beauftragt worden, die Resolution bekanntzugeben. Ich muß natürlich einleitend ein paar Worte dazu sagen, damit die Leute nicht überrascht werden. Ich werde sagen, daß mit großem Fleiß und mit zäher Geduld dieses Arbeitsprogramm erarbeitet worden ist. Ich muß sehen, wie ich es herausbringe, damit die Sache nicht abgeschwächt wird; denn ich werde keine Einzelheiten herausgreifen. Damit die Leute die Gewißheit bekommen, daß die Sache nicht ad acta gelegt wird, werde ich sagen, daß wir das Programm zur Weiterbearbeitung an den Bundesparteiausschuß überweisen. Und dann verlese ich die Resolution.

Lücke: Das Ergebnis ist dasselbe, was der Redaktionsausschuß angestrebt hat. Die Schwierigkeit des Redaktionsausschusses bestand darin, weil die Aufgabe so umfangreich ist, daß man sie im einzelnen auch nicht einmal deutlich machen konnte. Wir würden den Schwierigkeiten der Kollegen in den Parlamenten dadurch aus dem Wege gehen, wenn wir sagten: Die vordringlichsten Punkte sind in einem Programm festgelegt. Die Bearbeitung dieser Sache hat der Bundesparteiausschuß. Dann weiß die Presse auch Bescheid.

Kiesinger: Ich darf noch einmal vorlesen: „Der Bundesparteitag hat sich auch in besonderer Weise mit den Fragen der inneren Ordnung unserer Gesellschaft und unseres Staates und entsprechend der gewachsenen Verantwortung unserer Partei mit deren weiterem Aus- und Aufbau beschäftigt. Er hat die wichtigsten innenpolitischen Aufgaben in einem Arbeitsprogramm für die parlamentarischen Gremien der CDU in Ländern und Gemeinden zusammengefaßt. Dieses Arbeitsprogramm wird dem Bundesausschuß zur Weiterberatung und Weiterleitung an die parlamentarischen Gremien überwiesen.“

Adenauer: Ich bitte Sie, sich damit einverstanden zu erklären. Das andere waren vier Schreibmaschinenseiten. Die werden nicht abgedruckt. Sie werden auch nicht gelesen. Oder aber sie werden falsch abgedruckt.

Gerstenmaier: Ich habe mich erschreckt, daß das der Schlußentwurf sein soll. Aber nach dem methodischen Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers kann man mindestens sagen, es ist nichts Falsches drin. Wir können es riskieren, das zu verabschieden. An

manchen Punkten scheint es mir nicht besonders markant zu sein, aber wir können zufrieden sein. Ich bin der Meinung, man sollte es an den Bundesausschuß geben, damit man dort die Möglichkeit hat, etwas zu präzisieren; denn nur dann können unsere parlamentarischen Vertretungen in den Gemeinden, in den Ländern und im Bundestag etwas damit anfangen. Sonst heißt es in der Bonner Fraktion, die haben in Kiel schon die Arbeit getan, aber wir machen die Politik. Wir wollen es etwas präzisieren. Es hat aber keinen Zweck, jetzt eine Debatte in der Richtung auf die Präzisierung im Bundesparteitag zu machen. Infolgedessen halte ich die Methode für gut. Ich habe nur nicht richtig verstanden, ob ein Dank an die Wähler drin ist. (*Kiesinger*: Ist drin!) Auch das Bekenntnis zu Hamburg?

Kiesinger: Das Wort Hamburg ist nicht drin, aber wir haben die Formulierung aus Hamburg übernommen: „Ziel des Arbeitsprogramms ist die fortschreitende Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, der Ausbau einer gesunden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in Freiheit und Gerechtigkeit zugunsten aller Berufe und Schichten des deutschen Volkes.“ (*Gerstenmaier*: Gut!)

Adenauer: Bitte erklären Sie sich einverstanden! Es ist die höchste Zeit. Um 12.48 Uhr fährt der Zug nach dem Westen; damit will schon ein Teil fahren. (*Zustimmung*.) Ich stelle Ihre Zustimmung fest und schließe die Sitzung.

7

Bonn, 27. November 1958

Sprecher: Adenauer, Albers, Blank, Blumenfeld, von Brentano, Dichtel, Erhard, Etzel, Fay, Fricke, Gradl, Gurk, von Hassel, Frau Heiler, Höcherl, Johnen, Kiesinger, Krone, Lensing, Lücke, Meyers, Noltenius, Oberländer, Frau Rehling, Schröder, Wuermeling, Zimmer.

Bericht zur politischen Lage. Wahlen in Hessen und Bayern. Sitzung des Bundesausschusses am 28. November 1958. Verschiedenes: Kindergeldnovelle, Mitgliederwerbung.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 18.30 Uhr

Teildruck in KÜSTERS: Wiedervereinigung S. 151–153.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Vorstandssitzung. Diese Vorstandssitzung, meine lieben Parteifreunde, wird Gegenstände zur Besprechung